

Ständige Publikumskonferenz
der öffentlich-rechtlichen Medien e. V.
Frau Vorsitzende
Maren Müller

7. Oktober 2020

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 3. September 2020, auf das ich Ihnen gerne stellvertretend antworte. Sie kritisieren darin die Berichterstattung der „tagesschau“ vom 30. August 2020 über das Berliner Demonstrationsgeschehen vom 29. August 2020.

Ich habe die verantwortliche Redaktion von ARD-aktuell gebeten, Ihre Kritikpunkte zu prüfen und dazu Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme finden Sie in der Anlage.

Aus meiner Sicht liegt kein Verstoß gegen die Programmgrundsätze des NDR oder sonstige Vorschriften vor. Durch die Übersendung dieser Stellungnahme bringe ich dies zum Ausdruck.

Mit freundlichen Grüßen



Andrea Lütke
Stellvertretende Intendantin

Anlage

Stellungnahme von ARD-aktuell zu dem Schreiben von Frau Maren Müller vom 3. September 2020
zu der Berichterstattung der „tagesschau“ vom 30. August 2020 über das Berliner
Demonstrationsgeschehen vom 29. August 2020

In ihrer Programmbeschwerde vom 3. September 2020 wirft Frau Maren Müller in ihrer Funktion als Vorsitzende der Ständigen Publikumskonferenz der Redaktion von ARD-aktuell Verstöße gegen den NDR-Staatsvertrag vor. Sie kritisiert konkret den Beitrag in der „tagesschau“ um 20 Uhr vom 30. August 2020.

Dazu nimmt die Redaktion wie folgt Stellung:

Grundsätzlich verfolgt ARD-aktuell weder ein politisches Ziel, noch pflegt ARD-aktuell eine besondere Nähe zu einzelnen Parteien, zur Bundesregierung, den Länderregierungen oder sonstigen Institutionen oder Interessengruppen. ARD-aktuell arbeitet frei von staatlicher Einflussnahme. Als Nachrichtenredaktion haben wir einen klaren journalistischen Auftrag: Wir informieren sachlich, knapp und präzise über die aktuellen Ereignisse des Tages. Dabei sind wir uns unserer Verantwortung in Bezug auf die Wirkung unserer Berichterstattung immer bewusst.

ARD-aktuell hat in allen Nachrichtensendungen der ARD, auf tagesschau24, bei tagesschau.de und anderen digitalen Ausspielwegen umfassend über die Geschehnisse in Berlin vom 29. August 2020 berichtet. Sowohl in dieser ursprünglichen Berichterstattung als auch am Folgetag war es uns sehr wichtig, deutlich zu machen, dass am 29. August 2020 Menschen in mehreren Kundgebungen in Berlin ihren Unmut über die Anti-Corona-Maßnahmen ausgedrückt haben. Die Redaktion hat nicht alle Demonstrant*innen als rechtsextrem oder gewaltbereit bezeichnet, sondern klar ausgedrückt, dass bei der Querdenken-Demonstration die unterschiedlichsten Interessengruppen überwiegend friedlich gegen die Corona-Politik demonstrierten - wohl aber Seite an Seite mit Rechtsextremen.

Dass in der 20-Uhr-„tagesschau“-Berichterstattung vom Sonntag, dem Folgetag, die Ereignisse am Reichstagsgebäude einen größeren Raum einnahmen, liegt in der Natur der Sache. Am Tag danach hatten diese Ereignisse ein ungewöhnlich großes Echo in Politik und Gesellschaft. Die Redaktion informierte aber am Sonntag in der 20-Uhr-„tagesschau“ darüber, dass die große Mehrheit der Demonstrierenden zuvor friedlich protestiert hatte.

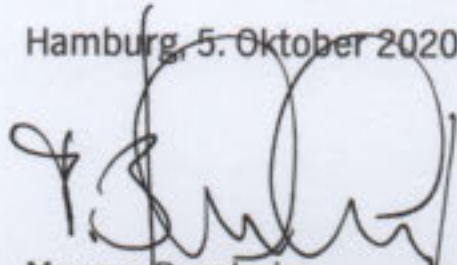
Den Vorwurf der tendenziösen Berichterstattung und der Desinformation in Bezug auf die Teilnehmer*innen weisen wir daher zurück.

Des Weiteren kritisiert Frau Müller, dass wir Bildmaterial von Twitter und kein eigenes Bildmaterial verwendet haben. An diesem Samstag war das ARD-Hauptstadtstudio sowie der RBB auch in unserem Auftrag mit mehreren Kamera- und Redaktionsteams im Zuge der Berichterstattung über die diversen Demonstrationen an vielen Orten innerhalb Berlins unterwegs. Aus diesem Bildmaterial speist sich die Mehrheit der Beiträge. Zu dem Zeitpunkt, als einige Demonstrierende versucht haben, sich Zugang zum Reichstagsgebäude zu verschaffen, waren die öffentlich-rechtlichen Kamerteams an anderen Stellen der Stadt, insofern konnte keines das Geschehen vor Ort filmen. Wie es bei der „tagesschau“ üblich ist, haben wir uns daher entschieden, diese entscheidende Szene nach Verifizierung durch unsere Redaktion mittels Materials von Twitter - natürlich mit entsprechender Quellen-Angabe - zu zeigen.

Auch in diesem Punkt können wir keine Desinformation der Zuschauer*innen oder mangelnde Recherche unsererseits erkennen.

Daher liegen aus Sicht von ARD-aktuell in dem kritisierten Beitrag keine Verstöße gegen unseren Programmauftrag oder den NDR-Staatsvertrag vor.

Hamburg, 5. Oktober 2020



Marcus Bornheim
Erster Chefredakteur ARD-aktuell

